

Eine Solidarität, die verblüfft

SPENDEN Die Schweizer Bevölkerung spendet weiterhin viel Geld für syrische Bürger und ihr gebeuteltes Land. Hilfsorganisationen staunen.

Vor sieben Jahren gabs in Syrien die ersten Proteste gegen den Diktator – worauf Bashar al-Assad die Demonstranten in den Würgegriff nahm. Der Konflikt wurde härter, die Opposition bewaffnete sich, zersplitterte, der IS breitete sich aus, es gab Häuserkämpfe, Flüchtlingstrecken machten sich auf den Weg, Russen und Amerikaner warfen ihre Bomben.

Heute hat der syrische Machthaber die Kontrolle weitgehend zurück, aber das Land liegt in Trümmern. Zirka 500 000 Menschen starben im Bürgerkrieg, elf Millionen mussten fliehen. Syrien gilt vielen als gescheiterter Staat, bereits 2013 berichtete der «Spiegel» über Syriens «verlorene Generation». Das chronische Elend und die jüngsten Gefechte sind nicht mehr im Fokus der Medien.

Positive Ergebnisse

Die Schweizer Spender haben die Syrer dennoch nicht vergessen. Das zeigt eine Umfrage unter hiesigen Hilfsorganisationen. «Die Spenden für die syrischen Kriegsvertriebenen sind in all den Jahren nie gesunken», sagt der Sprecher der Caritas – «eine keineswegs selbstverständliche Konstanz.» 2017 hat die Caritas vier Millionen Franken für Syrer gesammelt, derselbe Betrag wie in den Jahren zuvor. Positiv ist das Bild auch beim Schweizer Ableger der Unicef: Die Spenden zugunsten syrischer Flüchtlingskinder seien seit 2013 linear gewachsen. «Die Solidarität der Schweizer Spender für die syrischen Kinder ist ungebrochen. Die Spendenbereitschaft hat nicht abgenommen», erklärt die Hilfsorganisation.

Im Schnitt höhere Beträge

Terre des Hommes sammelte deutlich weniger Geld für Syrer als 2016, hatte 2017 allerdings auch keine Werbung mehr für ihre Syrien-Hilfe gemacht. Dennoch gingen noch immer zirka



Hilfsgüter erreichen Syrien: Schweizer Bürger haben auch 2017 viel Geld für das konfliktgeplagte Land gespendet.

Foto: Mohammed Badra (Keystone)

«Die Spenden für die syrischen Kriegsvertriebenen sind in all den Jahren nie gesunken.»

Sprecher von Caritas

200 000 Franken ein. «Dass 2017 trotzdem noch viele Spenden für die Syrien-Krise eintrafen, bedeutet, dass es viele Personen gab, die bewusst zu diesem Thema spenden wollten, ohne daran erinnert zu werden», sagt eine Sprecherin. Die Syrien-Spender hätten im Durchschnitt zudem höhere Beträge überwiesen als im Jahr 2016.

2017 als Wendepunkt?

Dass die Spendebereitschaft weiterhin hoch bleibt, hat für Georg von Schnurbein verschiedene Gründe. Schnurbein ist Wirtschaftspraxisprofessor der Universität Basel mit Spezialgebiet Philanthropie. Viele Non-Profit-Organisationen hätten ihre Arbeit auf den Nahen Osten konzentriert, weshalb sie sich dort stärker als anderswo engagierten – auch mit Sammelkampagnen.

Zudem sei die mediale Aufmerksamkeit für Syrien noch immer vergleichsweise gross. Und die Flüchtlingskrise spiele ebenfalls eine Rolle, sagt Schnurbein. Syrien-Spenden gälten als «wesentlicher Teil zur Bewältigung der Flüchtlingskrise.» Und da sei, «natürlich», die offensichtliche Ohnmacht der Syrer, die zum Spielball der nationalen und internationalen Mächte geworden seien. Das mache die Schweizer noch immer betroffen: «Ohne diese emotionale Komponente wäre das Spendenaufkommen viel geringer.»

Für den Schweizer Spendermarkt könnte sich das Jahr 2017 als wegweisend herausstellen (eine Gesamtübersicht ist diesen Sommer zu erwarten). Seit die Stiftung Zewo Buch führt, haben die Schweizer nie mehr Geld gespendet als in den Jahren 2015

und 2016. Weil die Spenden von 2015 zu 2016 jedoch nach zehn Jahren kontinuierlichen Anstiegs erstmals zurückgingen, stellt sich die Frage, ob der Plafond erreicht wurde, ob der Schweizer Spendermarkt nun gesättigt ist.

Hess' Aufruf

Zur Weihnachtszeit hatte SVP-Nationalrat Erich Hess die Schweizer aufgerufen, kein Geld mehr ins Ausland zu spenden. Die staatliche Entwicklungshilfe sei üppig genug. Dass das – Spendeplafond hin oder her – schwerlich der Wille des Schweizer Volkes ist, legt die Evaluation der jüngsten Syrien-Spenden nahe.

Der Aufruf werde wohl bloss jene angesprochen haben, «die sowieso schon nicht spenden», vermutet Experte Schnurbein.

Linus Schöpfer

Bundesrat: Keine Frauenquote

INITIATIVE Die Kommissionen von National- und Ständerat haben sich gegen eine Frauenquote in der Landesregierung ausgesprochen.

Die Vertretung der Geschlechter im Bundesrat soll nicht rechtlich geregelt werden. Die Kommissionen beider Räte haben sich gegen eine Frauenquote für die Landesregierung ausgesprochen. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates lehnte eine parlamentarische Initiative mit 9 zu 4 Stimmen ab, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. Die Schwesterkommission des Nationalrates hatte vergangene Woche einen ähnlichen Vorstoss verworfen. Im Bundesrat müssen die Landesregenden und Sprachregionen angemessen vertreten sein. Das schreibt die Bundesverfassung vor. Eine angemessene Vertretung der Geschlechter verlangt sie nicht. Beide Kommissionen sind der Ansicht, dass dies richtig ist. Dafür nahm eine andere gleichstellungspolitische Vorlage gestern Freitag eine erste Hürde: Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK) befürwortet im Grundsatz gesetzliche Massnahmen zur Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern. Die Kommission ist auf eine Vorlage des Bundesrates eingetreten, die Unternehmen zu periodischen Lohnanalysen verpflichtet will. Den Beschluss fasste die Kommission allerdings mit knapper Mehrheit: Sie sprach sich mit 7 zu 6 Stimmen dafür aus. Über die Details wird die WBK an ihrer nächsten Sitzung beraten. sda

Merkel kommt

WEF Das Weltwirtschaftsforum darf einen weiteren hohen Staatsgast begrüssen: Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel kommt nach Davos.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel kommt nun doch ans Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos.

Sie wird dort aber nicht auf US-Präsident Donald Trump treffen. Die beiden sind an unterschiedlichen Tagen an der weltweit wichtigsten wirtschaftspolitischen Konferenz in der Schweiz: Merkel nur am Mittwoch, Trump reist frühestens Donnerstag an und redet am Freitag. Auch fünf Bundesräte werden in Davos dabei sein. Zwischen Trump und Bundespräsident Alain Berset ist ein Treffen geplant. Ob Merkel Berset oder andere Mitglieder der Landesregierung trifft, ist unklar. Im Moment laufe die Planung, sagte Bundesratssprecher André Simonazzi auf Anfrage. Definitive Entscheide fallen möglicherweise erst nächste Woche.

In Davos ist es nicht unüblich, dass auch hochrangige Treffen kurzfristig anberaumt werden. Der deutsche Regierungssprecher Steffen Seibert kündigte die Merkel-Reise gestern an. Die Kanzlerin werde eine europapolitische Rede halten und auch bilaterale Gespräche führen. Mit wem, sagte er nicht.

Am Mittwoch werden auch der französische Präsident Emmanuel Macron, der italienische Ministerpräsident Paolo Gentiloni, der brasilianische Präsident Michel Temer und der spanische König Felipe erwartet. sda

Unia-Betrugsfall erreicht die Suva

ANZEIGE Bauunternehmer in der Waadt sollen mit fiktiven Arbeitsunfällen die Unfallversicherung Suva betrogen haben. Diese hat Anzeige erstattet.

Die bei über 30 Waadtländer Bauunternehmen aufgedeckten Betrügereien ziehen immer weitere Kreise. Die Affäre hat nun die Berufsunfallversicherung Suva erreicht. Die Waadtländer Staatsanwaltschaft beschäftigt sich seit bereits zwei Jahren mit dem Fall. Vergangenen Frühling wurden erste Details zur Systematik der Betrugsfälle publik.

Fiktive Mitarbeiter

Einzelne Unternehmer, die in der Eisenleger-, Maler-, Gipser- und Maurerbranche tätig waren, zahlten ihren Mitarbeitern während längerer Zeit keine Löhne mehr. Dann meldeten sie wegen Zahlungsunfähigkeit Konkurs an und registrierten bei der Arbeitslosenstellen der Gewerkschaft Unia nebst ihren offiziellen Angestellten zusätzliche, fiktive Mitarbeiter. Diese kassierten in der Folge ebenfalls Arbeitslosengelder und leiteten es den kon-

kursierten Unternehmern weiter. Zwei Unia-Mitarbeiter in Lausanne und Bern boten bei den Betrügereien Hand. Sie wurden in Untersuchungshaft gesetzt. Die Gewerkschaft hat ihnen umgehend gekündigt. Die bei der Arbeitslosenversicherung entstandene Schadenssumme soll über 3 Millionen Franken betragen.

«Tagespauschalen kassiert»

Recherchen der Zeitung «24 Heures» zeigen nun, dass auch die Unfallversicherung Suva vom Betrug betroffen ist. Sprecher Henri Mathis bestätigt, man habe bei der Waadtländer Justiz gegen zwei Personen Strafanzeige erstattet. «Die Betrüger haben falsche Unfallmeldungen gemacht und dann via ihre Baufirmen Tagespauschalen kassiert», so Mathis. Suva-Experten überprüfen derzeit, in welchen Fällen ihr Arbeitgeber Opfer von Betrügereien geworden ist.

Suva schliesst Komplizen aus

Die Staatsanwaltschaft hat bei ihren Ermittlungen bislang fünf Dossiers gefunden, bei denen sie davon ausgeht, dass die Suva be-

trogen wurde. Die Schadenssumme beträgt gemäss «24 Heures» 38 000 Franken. Suva-Sprecher Mathis wollte die kolportierte Zahl gestern nicht bestätigen. Er verweigerte mit Verweis auf die laufenden Strafverfahren jeglichen Kommentar zu allfälligen finanziellen Schäden. Die Untersuchung sei in Gang, das genaue Ausmass sei noch nicht bekannt, so Mathis.

Haben die Betrüger wie bei der Gewerkschaft Unia auch bei der Suva Komplizen gehabt? Der Suva-Sprecher schliesst dies nach dem aktuellen Kenntnisstand aus.

Einzelne Arztzeugnisse zu mutmasslich fiktiven Unfällen, die bei der Suva eintrafen und aufgrund derer die Versicherung Leistungen zahlte, stammten von einem heute pensionierten Hausarzt. Der Mann praktizierte während seiner Karriere in den Kantonen Freiburg und Waadt. Zumindest ein Bauunternehmer tauchte jeweils mit seinen Handwerkern in der Arztpraxis auf.

Die Arbeiter klagten jeweils über Schmerzen im Rücken und in den Handgelenken. Die Justiz

«Die Betrüger haben falsche Unfallmeldungen gemacht.»

Henri Mathis
Suva-Sprecher

geht in gewissen Fällen auch davon aus, dass Unternehmer dem Arzt die Namen fiktiver Arbeiter mit erfundenen Problemen gemeldet haben und trotzdem Attests bekamen. «24 Heures» schreibt, der Arzt habe falsche Zeugnisse ausgestellt – für 150 Franken.

Steuerverwaltung betroffen

Die Staatsanwaltschaft hat den Mediziner mit den Vorwürfen noch nicht konfrontiert. Die Suva hat gegen ihn oder andere Ärzte keine Anzeige erstattet. Der Mann bestreitet, je ein falsches Arztzeugnis ausgestellt zu haben.

Auch die Eidgenössische Steuerverwaltung ist vom Betrugsfall betroffen. Einer der betrügerischen Unternehmer soll dem Bund keine Mehrwertsteuern abgeliefert haben. Die Steuerverwaltung hat gegen insgesamt 39 inzwischen liquidierte Firmen eine Untersuchung eingeleitet. Dem Bund sollen nach bisherigen Schätzungen rund 2,2 Millionen Franken an Mehrwertsteuereinnahmen entgangen sein.

Philippe Reichen, Lausanne